



**SATZUNG  
DES  
REGIONALVERBANDES SALZBURG STADT  
UND UMGEBUNGSGEMEINDEN**

**(6. November 2025)**

Zugunsten einer besseren Lesbarkeit wird auf eine Doppelnennung und gegenderte Bezeichnungen bewusst verzichtet. Inhaltlich werden selbstverständlich alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen.

# **SATZUNG DES REGIONALVERBANDES SALZBURG STADT UND UMGEBUNGSGEMEINDEN**

(Beschluss: 17. Juni 2011)  
(geändert: 6. November 2025)

Aufgrund des §11 Abs. 1 des Salzburger Raumordnungsgesetzes 2009 und des Salzburger Gemeindeverbändegesetzes 1986 idGF. erlässt der Regionalverband Salzburg Stadt und Umgebungsgemeinden folgende Satzung:

## **Bezeichnung des Verbandes § 1**

Der Gemeindeverband führt die Bezeichnung:  
„Regionalverband Salzburg Stadt und Umgebungsgemeinden“

## **Zweck § 2**

Der Regionalverband nimmt u.a. folgende, ihm nach dem ROG 2009 idGF. zukommende Aufgaben wahr:

- Die Erstellung und Änderung des Regionalprogramms
- Die Erarbeitung Regionaler Entwicklungskonzepte
- Die Mitwirkung an den Sachprogrammen des Landes und die Einbringung von Anregungen
- Das Verfassen von Stellungnahmen und Einwendungen zum Räumlichen Entwicklungskonzept, Flächenwidmungs- und Bebauungsplan der Gemeinden

## **Zusätzliche Aufgaben § 3**

Der Regionalverband nimmt darüber hinaus folgende Aufgaben wahr:

- (1) Förderung von Initiativen, Maßnahmen und Kooperationen zwischen den Mitgliedsgemeinden in den Bereichen Umwelt, Bildung, Soziales, Wirtschaft und Verkehr.
- (2) Verfahren zur Dokumentation von Abänderungen im regionalen Grüngürtel Salzburg Stadt und Umgebungsgemeinden.

## **Mitglieder**

### **§ 4**

- (1) Mitglieder des Regionalverbandes sind die Gemeinden der Planungsregion. Das sind: Anif, Anthering, Bergheim, Elixhausen, Elsbethen, Eugendorf, Grödig, Großgmain, Hallwang, Salzburg-Stadt und Wals-Siezenheim.
- (2) Der Regionalverband hat seinen Sitz in der Stadt Salzburg.

## **Organe des Verbandes**

### **§ 5**

- (1) Organe des Regionalverbandes sind:
  - die Verbandsversammlung
  - der Verbandsobmann und seine Stellvertreter
  - die Rechnungsprüfer
  - das Schiedsgericht
- (2) Als Hilfsorgan(e) kann (können) ein oder mehrere regionale Fachausschüsse (Beirat) gegründet werden.
- (3) Die Funktionsdauer des Verbandsobmannes, seiner Stellvertreter sowie der Rechnungsprüfer beträgt analog den Bestimmungen der Salzburger Gemeindeordnung 2019 idgF. fünf Jahre und ist somit zeitlich an die Ausübung des politischen Mandates des Einzelnen geknüpft. (Bei vorzeitigem Ausscheiden Einzelner, gilt der Neugewählte nur für den Rest der Funktionsperiode); innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf der Funktionsperiode ist eine Neu- bzw. Wiederwahl nach den Bestimmungen dieser Satzungen durchzuführen. Bis dorthin bleiben die Organe unverändert und handlungsfähig.

## **Verbandsversammlung**

### **§ 6**

- (1) Die Verbandsversammlung besteht, wenn die Gemeindevertretung (in der Stadt der Gemeinderat) nicht anderes bestimmt, aus den Bürgermeistern der Mitglieds- Gemeinden als stimmberechtigte Mitglieder.  
Mit beratender Funktion sind auch die Vorsitzenden jener Gemeindegremien, die sich mit den lokalen Raumordnungsfragen befassen (in Fällen gem. § 34(7) GdO 94 ein sonstiges Mitglied des Gemeindevorstandes) Mitglieder der Verbandsversammlung.

- (2) Für jedes stimmberechtigte Mitglied der Verbandsversammlung ist von den Gemeinden auch ein Stellvertreter namhaft zu machen, der nur im Vertretungsfalle über Sitz- und Stimmrecht verfügt.  
Der Stellvertreter für das beratende Mitglied der Verbandsversammlung braucht nicht eigens durch die Gemeinde nominiert werden.
- (3) Jede Mitgliedsgemeinde -mit Ausnahme der Stadtgemeinde Salzburg- besitzt 1 Stimmrecht. Die Stadtgemeinde verfügt als Landeshauptstadt und einwohnerreichste Mitgliedsgemeinde über genauso viele Stimmrechte wie alle übrigen Mitgliedsgemeinden gemeinsam.
- (4) Die Verbandsversammlung fasst in allen Angelegenheiten ihres Wirkungsbereiches, die nicht ausdrücklich durch diese Satzung einem anderen Organ des Regionalverbandes zugewiesen sind, die erforderlichen Beschlüsse.

Der Verbandsversammlung kommen insbesondere folgende Aufgaben zu:

- a) die Wahl des Obmannes und seiner beiden Stellvertreter;
- b) die Wahl zweier Rechnungsprüfer;
- c) die Beschlussfassung über den Voranschlag (= Finanzbedarf), den Jahresrechnungsabschluss sowie den Tätigkeitsbericht des Verbandes;
- d) die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und des Kostenaufteilungsschlüssels für besondere Aufwendungen;
- e) die Beschlussfassung über Ausgaben im Einzelfall von mehr als € 20.000,- ;
- f) die Beschlussfassung über das Regionalprogramm und seiner Änderungen;
- g) die Bestellung einer Geschäftsführung und Übertragung der Schrift- und Kassenführung auf die Geschäftsführung;
- h) die Beschlussfassung über Satzungsänderungen bzw. Erlassung und Änderung einer Geschäftsordnung;
- i) die Entsendung von Vertretern in verbandsfremde Einrichtungen und Gremien;
- j) die Beschlussfassung über die Verpflichtung von allenfalls erforderlichem Verwaltungspersonal und allenfalls erforderlicher freien Mitarbeitern;
- k) die gegebenenfalls erforderliche Einsetzung von regionalen Fachausschüssen (Beiräten).
- l) die Beschlussfassung über Änderungen von Flächen aus dem regionalen Grüngürtel der Stadt Salzburg und den Umgebungsgemeinden ohne Ausgleichsverpflichtung.

In besonders dringenden Fällen kann die Beschlussfassung auf dem Umlaufweg erfolgen. Die Dringlichkeit wird dabei vom Obmann festgestellt. Ein Ansuchen um eine Beschlussfassung auf dem Umlaufweg sowie dessen

Genehmigung sind demnach von dem Antragsteller beim Obmann zu stellen. Der Antrag muss vom Antragsteller begründet und protokolliert werden.

- (5) Die Verbandsversammlung ist vom Verbandsobmann bei Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich, einzuberufen.  
Sie ist darüber hinaus einzuberufen, wenn es von mindestens 3 Mitgliedern der Verbandsversammlung schriftlich unter Angabe der Beratungsgegenstände verlangt wird. Die Einberufung hat dann innerhalb eines Monats durch schriftliche Einladung (z.B. Mail) der Mitglieder der Verbandsversammlung zu erfolgen.  
Die Sitzungseinladung hat mindestens 2 Wochen vor dem Sitzungstermin unter Bekanntgabe der Tagesordnung, des Tagungsortes und des Sitzungsbeginns zu erfolgen und ist an das Gemeindeamt (für den Bürgermeister) bzw. an die Privatadresse (für den Ausschussobmann) zu richten.
- (6) Den Vorsitz in der Verbandsversammlung führt der Obmann.  
Bei der Wahl des Obmannes führt das älteste anwesende Mitglied der Verbandsversammlung den Vorsitz.  
Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn sämtliche Vertreter der Verbandsversammlung eingeladen wurden und mindestens 3/4 der stimmberechtigten Mitglieder zu Sitzungsbeginn anwesend sind.  
Ist die Verbandsversammlung zur festgesetzten Stunde nicht beschlussfähig, so findet diese 15 Minuten später mit derselben Tagesordnung statt und ist dann ohne Rücksicht auf die Anzahl der Anwesenden beschlussfähig.
- (7) Für einen gültigen Beschluss der Verbandsversammlung reicht so weit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist die einfache Mehrheit der anwesenden Stimmrechte aus.  
Ausnahme: für Beschlüsse nach § 6 Abs. 4, Pkt. a), d), e), f), g), h), i) und l) dieser Satzung wird jedoch die Zustimmung von 2/3 der anwesenden Stimmrechte benötigt, wobei mindestens 2/3 der gesamten Stimmrechte repräsentiert sein müssen.  
Stimmenthaltung gilt als Ablehnung.  
Bei Stimmgleichheit kommt kein Beschluss zustande. Der Obmann besitzt kein Dirimierungsrecht
- (8) Über die Verhandlungen in der Verbandsversammlung ist ein Protokoll zu führen.

### **Verbandsobmann**

#### **§ 7**

- (1) Der Verbandsobmann (im Verhinderungsfall einer seiner Stellvertreter) vertritt, sofern es durch dieses Statut nicht auch einem anderen Verbandsorgan zusteht, den Regionalverband nach außen.

- (2) Dem Verbandsobmann obliegt neben der Vertretung des Regionalverbandes insbesondere die Einberufung und Leitung der Verbandsversammlung sowie die Unterstützung der Geschäftsführung und die Kontrolle der Tätigkeit des Geschäftsführers.
- (3) Wichtige Geschäftsstücke (Auftragserteilungen, Vertragsabschlüsse u. ä.), insbesondere den Regionalverband verpflichtende Urkunden und dergleichen, zeichnet der Verbandsobmann und der Geschäftsführer gemeinsam. Im Verhinderungsfalle von einem der beiden, unterschreibt einer der beiden stellvertretenden Verbandsobmänner oder das an Lebensjahren älteste Mitglied der Verbandsversammlung.

Die Durchführung von Geldgeschäften insbesondere im Rahmen der laufenden Gebarung, erfolgt bis zu einem Limit von € 15.000,- durch die Geschäftsführung. Für Geldgeschäfte, die € 15.000,- übersteigen, sind jeweils 2 Unterschriften erforderlich; unterzeichnungsberechtigt sind nur die am "Unterschriftenblatt" des verbandskontoführenden Geldinstitutes angeführten Personen.

### **Geschäftsführung**

#### **§ 8**

- (1) Die Geschäftsführung nimmt an allen Sitzungen der Verbandsversammlung mit beratender Stimme teil.
- (2) Im Besonderen obliegen der Geschäftsführung
  - a) die Führung der laufenden Geschäfte, insbesondere In Verfolgung der in § 2 und § 3 dieser Statuten formulierten Ziele und Aufgaben; die Unterzeichnung der laufenden Korrespondenz und die Kassaführung.
  - b) die jährliche Erstellung eines Jahresvoranschlages (=Finanzbedarf), eines Jahresrechnungsabschlusses und eines Tätigkeitsberichtes;
  - c) die fachliche Leitung und Information der Mitarbeiter/innen sowie die Dienstaufsicht;
  - d) die Erstellung von Vorschlägen über Aufnahme und Beendigung des Dienstverhältnisses der Beschäftigten sowie die Verpflichtung von freien Mitarbeitern;
- (3) Unter Wahrung der Verbandsinteressen und in Verfolgung der Geschäfte hat die Geschäftsführung auch das Recht, den Verband nach außen zu vertreten

### **Rechnungsprüfer**

#### **§ 9**

Die Verbandsversammlung hat aus ihren Reihen 2 Rechnungsprüfer zu bestellen. Den Rechnungsprüfern obliegen die laufende Geschäftskontrolle und die

Überprüfung des Rechnungsabschlusses. Sie haben über das Ergebnis ihrer Überprüfung an die Verbandsversammlung zu berichten und gegebenenfalls den Antrag auf Entlastung des Kassenführers zu stellen.

### **Schiedsgericht**

#### **§ 10**

- (1) In allen aus dem Verbandsverhältnis entstehenden Streitigkeiten zwischen dem Regionalverband und den verbandsangehörigen Gemeinden sowie zwischen den einzelnen Mitgliedsgemeinden des Verbandes entscheidet ein Schiedsgericht.
- (2) Das Schiedsgericht besteht aus 3 Mitgliedern (= physischen Personen) die nicht der Verbandsversammlung angehören. Es wird derart gebildet, dass jeder Streitteil innerhalb von 2 Wochen nach Aufforderung durch den Verbandsobmann einen Schiedsrichter nominiert. Diese bestimmen dann einvernehmlich einen weiteren Schiedsrichter als Obmann. Kommt es zu keinem Einvernehmen in der Wahl des Obmannes, entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen mit Stimmenmehrheit.
- (3) Sollten sich die Streitparteien mit der Entscheidung des Schiedsgerichtes nicht einverstanden erklären, so ist die Angelegenheit der Salzburger Landesregierung gem. § 11 (1) des Gemeindeverbändegesetzes, LGBl. Nr. 105/1986 idGF. vorzulegen.

### **Kostentragung**

#### **§ 11**

- (1) Soweit der Finanzbedarf des Verbandes durch Landeszuschüsse nicht gedeckt ist bzw. wird, werden die zur Bewältigung der Verbandsaufgaben notwendigen Mittel durch:
  - Beiträge der Mitgliedsgemeinden,
  - Sonderbeiträge (Subventionen, Spenden und Sponsoreinnahmen) oder freiwillige Zuschüsse der Mitgliedsgemeinden,
  - aus Vermögenserträgen.
  - aus Zuschüssen anderer Körperschaften oder Fonds und
  - sonstigen Einnahmen und Erträge aus Veranstaltungen sowie aus Reklame, Werbung, Inseraten und Druckkostenbeiträgen aufgebracht.
- (2) Die Mitgliedsbeiträge der verbandsangehörigen Gemeinden werden auf der Basis des von der Verbandsversammlung zu beschließenden Jahresfinanzbedarfes errechnet:

- a) der Mitgliedsbeitrag der Stadtgemeinde Salzburg wird „gedeckt“ (zur Zeit: € 87.000,-)
  - b) die Differenz zwischen dem Mitgliedsbeitrag der Stadtgemeinde Salzburg und dem Jahresfinanzbedarf ist von den übrigen RVS-Gemeinden zu tragen. Der jeweilige Gemeindeanteil errechnet sich dabei aus dem Verhältnis seiner Hauptwohnsitzberechtigten (Stichtag: 31.12. des Vorjahres) zur Gesamteinwohnerzahl (=Hauptwohnsitze) aller Umlandgemeinden.
  - c) der „gedeckelte“ Mitgliedsbeitrag der Stadtgemeinde Salzburg ist durch Beschluss der Verbandsversammlung zu ändern, sobald der Finanzierungsanteil der Umlandgemeinden 40% des Jahresfinanzbedarfes übersteigt.
- (3) Der Mitgliedsbeitrag ist als Jahresbeitrag zu verstehen; er ist nach erfolgtem Beschluss des Jahresfinanzbedarfes für das neue Geschäftsjahr den Mitgliedsgemeinden vorzuschreiben und von diesen bis zum 1. März jeden Jahres zur Gänze zu bezahlen.
- (4)
- a) Bei einer allfälligen Auflösung des Regionalverbandes ist das nach ordnungsgemäßer Abwicklung der Liquidierung verbleibende Verbandsvermögen entsprechend dem zu diesem Zeitpunkt aktuellen Beitragszahlungsverhältnis auf die Mitgliedsgemeinden aufzuteilen.
  - b) Die Regelung nach lit. a) findet keine Anwendung, wenn nach Auflösung des Regionalverbandes der Verbandszweck in einer geänderten Organisationsform (z.B. neuer Verband) fortgeführt wird. In diesem Fall kann das verbleibende Verbandsvermögen auf die Nachfolgeorganisation übertragen werden.